



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. September 2012 (10.09)
(OR. en)**

**13093/1/12
REV 1**

PUBLIC 49

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
JUNI 2012

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im Juni 2012 angenommenen Rechtsakte^{1 2},
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären beider Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://www.consilium.europa.eu> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich.

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (<http://consilium.europa.eu> (Dokumente – Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register)) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich über <http://consilium.europa.eu> unter der Rubrik Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Ratsprotokolle).

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM JUNI 2012 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

**3171. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION
und ENERGIE) vom 7./8. Juni 2012 in Luxemburg**

Schlussfolgerungen des Rates zur Teilnahme der Europäischen Union an den Arbeiten des Weltpostvereins (WPV)

Dok. 9341/12

Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Unterzeichnung des Abkommens über den gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Moldau im Namen der Europäischen Union und die vorläufige Anwendung dieses Abkommens

Dok. 8181/12

Beschluss des Rates über die Zustimmung zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und der Regierung Südafrikas über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch die Kommission

Dok. 9729/12 + COR 1

**3172. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 7./8. Juni
2012 in Luxemburg**

Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38-71

Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses

ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 107-134

Verordnung (EU) Nr. 530/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe

ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 3-9

2012/299/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Estland

ABl. L 151 vom 12.6.2012, S. 31-31

Schlussfolgerungen des Rates über einen noch effizienteren grenzüberschreitenden Austausch strafverfolgungsrelevanter Informationen
Dok. 10333/12

Schlussfolgerungen des Rates zum zehnten Jahresbericht von Eurojust
Dok. 10360/12

Schlussfolgerungen des Rates zur Errichtung eines Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität
Dok. 10603/12

Schlussfolgerungen des Rates zur neuen EU-Drogenstrategie
Dok. 10231/12 REV 1

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zum Status der Republik Südsudan in Bezug auf das Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits
Dok. 10389/12

2012/311/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über den Standpunkt der Europäischen Union im Nahrungsmittelhilfeausschuss in Bezug auf die Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999
ABl. L 158 vom 19.6.2012, S. 1

2012/305/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Anwendung einiger Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des dazugehörigen Protokolls von 2001
ABl. L 153 vom 14.6.2012, S. 1-2

Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2011/020 ES/Comunidad Valenciana/ Schuhe, Spanien)
Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. DEC10/2012 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
Dok. 9918/12

2012/297/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens
ABl. L 151 vom 12.6.2012, S. 1-2

2012/425/EU: Beschluss des Rates vom 10. Juli 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten
ABl. L 198 vom 25.7.2012, S. 1-3

2012/319/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Protokoll 31 (über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten) und Protokoll 37 (mit der Liste gemäß Artikel 101) zum EWR-Abkommen
ABl. L 164 vom 23.6.2012, S. 2-4

Schlussfolgerungen des Rates zu einem Globalen Bündnis gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet
Dok. 10607/12 + COR 1

Schlussfolgerungen des Rates über eine intensivere und effizientere Nutzung des Europol-Informationssystems bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität
Dok. 10600/12

3173. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 11. Juni 2012 in Luxemburg

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 302/2009 über einen mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer
ABl. L 157 vom 16.6.2012, S. 1-12

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2012 – Einnahmenübersicht
Dok. 10202/12

Schlussfolgerungen des Rates zum Internationalen Chemikalienmanagement
Dok. 10765/12

Schlussfolgerungen des Rates zur Festlegung des Rahmens für ein 7. Umweltaktionsprogramm
Dok. 11186/12

Schlussfolgerungen des Rates zur biologischen Vielfalt und biologischen Sicherheit
Dok. 11189/12

3174. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 12. Juni 2012 in Luxemburg

2012/306/EU: Beschluss des Rates vom 12. Juni 2012 über den Abschluss des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Mosambik
ABl. L 153 vom 14.6.2012, S. 3-3

3175. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 15. Juni 2012 in Luxemburg

Vorschlag für eine Mittelübertragung (Nr. DEC13/2012) innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für 2012
Dok. 10862/12

3176. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 18. Juni 2012 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zur Europäischen Innovationspartnerschaft "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit"
Dok. 10833/12

Beschluss des Rates vom 18. Juni 2012 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Änderung des Beschlusses vom 24. Juni 2010
ABl. C 192 vom 30.6.2012, S. 1-2

Verordnung (EU) Nr. 566/2012 des Rates vom 18. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 975/98 über die Stückelungen und technischen Merkmale der für den Umlauf bestimmten Euro-Münzen
ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 8-10

Schlussfolgerungen des Rates über den Schutz und das Wohlergehen von Tieren
Dok. 10478/12 ADD 1.

3177. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 21./22. Juni 2012 in Luxemburg

Verordnung (EU) Nr. 551/2012 des Rates vom 21. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren
ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 3-6

Verordnung (EU) Nr. 552/2012 des Rates vom 21. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1344/2011 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren sowie Fischereierzeugnisse
ABl. L 166 vom 27.6.2012, S. 7-17

2012/408/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2012/000 TA 2012 — technische Unterstützung auf Betreiben der Kommission)
ABl. L 192 vom 20.7.2012, S. 11

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2012 des Rates vom 21. Juni 2012 zur Einstellung der Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Furfuraldehyd mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur Aufhebung dieser Maßnahmen
ABl. L 165 vom 26.6.2012, S. 4-11

Durchführungsverordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 954/2006 zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Kroatien, Rumänien, Russland und der Ukraine
Dok. 10307/12

Schlussfolgerungen des Rates zur Erhöhung der Beteiligung aller Bürger am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben als Antwort auf die demografischen Herausforderungen Dok. 10489/12

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Geschlechtergleichstellung und Umweltschutz: Verbesserung der Entscheidungsfindung, der Qualifikationen und der Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Politik zur Abschwächung des Klimawandels in der EU"
Dok. 8876/12 + REV 2 (hu)

Schlussfolgerungen des Rates zu den Auswirkungen der Antibiotikaresistenz in der Human- und Tiermedizin – Die Initiative "Eine Gesundheit"
Dok. 10347/12 + REV 1 (nl) + COR 1

3178. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom 22. Juni 2012 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zum Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)
Dok. 10905/12 + COR 1 (fi)

2012/375/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Europäischen Union für Irland
ABl. L 182 vom 13.7.2012, S. 37-38

Schlussfolgerungen des Rates zum Binnenmarkt für Dienstleistungen
11224/12

2012/353/EU: Beschluss des Rates vom 22. Juni 2012 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über Erleichterungen bei der Erteilung von Visa
ABl. L 174 vom 4.7.2012, S. 4

Beschluss des Rates über den Standpunkt, den die Europäische Union in dem mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits eingesetzten Ausschuss „Handel und nachhaltige Entwicklung“ vertreten soll, soweit es die Arbeitsweise des Zivilgesellschaftlichen Forums betrifft beziehungsweise die Einsetzung der Sachverständigengruppe zur Prüfung von Fragen, welche in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses „Handel und nachhaltige Entwicklung“ fallen

Dok. 9656/12

Empfehlung des Rates vom 10. Juli 2012 zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist

ABl. C 219 vom 24.7.2012, S. 95-97

2012/369/EU: Beschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/285/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Deutschland

ABl. L 179 vom 11.7.2012, S. 17-18

2012/370/EU: Beschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/422/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Bulgarien

ABl. L 179 vom 11.7.2012, S. 19-20

2012/323/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Aufhebung der Aussetzung der für Ungarn vorgesehenen Mittelbindungen aus dem Kohäsionsfonds

ABl. L 165 vom 26.6.2012, S. 46-47

3179. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 25. Juni 2012 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zu Zentralasien

Dok. 11857/12

Schlussfolgerungen des Rates zum ENP-Paket

Dok. 11845/12

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, im Namen der Europäischen Union über die in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallenden Bestimmungen eines Rahmenabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Neuseeland andererseits zu verhandeln

Dok. 10812/12

Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Ermächtigung der Europäischen Kommission, im Namen der Mitgliedstaaten über die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallenden Bestimmungen eines Rahmenabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Neuseeland andererseits zu verhandeln
Dok. 10814/12

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits und die vorläufige Anwendung des Handelsteils (Teil IV)
Dok. 16374/11 + COR 1 (it)

Schlussfolgerungen des Rates zum Vertrag über den Waffenhandel (ATT)
Dok. 11816/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien
Dok. 11800/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten
Dok. 11798/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Pakistan
Dok. 11719/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Bosnien und Herzegowina
Dok. 11843/12

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Menschenrechte und Demokratie"
Dok. 11417/12

Schlussfolgerungen des Rates zur DRK
Dok. 11795/12

3180. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 26. Juni 2012 in Luxemburg

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien (Neufassung) [erste Lesung]
Dok. PE-CONS 12/2/12 REV 2

Verordnung (EU) Nr. 651/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Ausgabe von Euro-Münzen
ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 135-137

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen [erste Lesung]

Dok. PE-CONS 22/1/12 REV 1

Beschluss Nr. 602/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zwecks Ausdehnung des geografischen Tätigkeitsbereichs der EBWE auf den südlichen und östlichen Mittelmeerraum

ABl. L 177 vom 7.7.2012, S. 1-4

Beschluss des Europäischen Rates zur Änderung des Status von Mayotte gegenüber der Europäischen Union

Dok. 10998/12

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Türkei über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt im Namen der Europäischen Union

Dok. 10676/12

Schlussfolgerungen des Rates zu dem Bericht 2011 der Kommission über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU

Dok. 10935/12 + COR 1

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 558/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 102/2012 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China, ausgeweitet auf die Einfuhren von unter anderem aus der Republik Korea versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungserzeugnisse der Republik Korea angemeldet oder nicht

ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 3-5

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 567/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Keramikfliesen mit Ursprung in der Volksrepublik China durch die Aufnahme eines Unternehmens in die Liste der chinesischen Hersteller in Anhang I

ABl. L 169 vom 29.6.2012, S. 11-12

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 559/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Einstellung der teilweisen Interimsüberprüfung der Ausgleichsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung unter anderem in Indien

ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 6-13

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 560/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Einstellung der teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien

ABl. L 168 vom 28.6.2012, S. 14-16

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 585/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Russland und der Ukraine im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 und zur Einstellung des Verfahrens der Auslaufüberprüfung betreffend die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Kroatien
ABl. L 174 vom 4.7.2012, S. 5-20

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 626/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 349/2012 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Weinsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China
ABl. L 182 vom 13.7.2012, S. 1-5

Schlussfolgerungen des Rates zum Abschluss der Überprüfung der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum
Dok. 10054/12 + COR 1 (de) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 + ADD 2

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 577/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Anpassung der Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union
ABl. L 171 vom 30.6.2012, S. 1

2012/430/EU: Beschluss des Rates vom 26. Juni 2012 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss EU-EFTA in Bezug auf einen Beschluss zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren zu vertreten ist
ABl. L 199 vom 26.7.2012, S. 6-14

2012/431/EU: Beschluss des Rates vom 26. Juni 2012 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss EU-EFTA in Bezug auf einen Beschluss zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren zu vertreten ist
ABl. L 199 vom 26.7.2012, S. 15-23

Schlussfolgerungen des Rates zu Montenegro
Dok. 11900/12

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE JUNI 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>3172. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 7./8. Juni 2012 in Luxemburg</p> <p>Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Text von Bedeutung für den EWR)</p> <p>Erklärung der Kommission zur Produktkonzeption (Artikel 4 WEEE-Richtlinie) Maßnahmen für eine umweltgerechte Gestaltung können einen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte gemäß dem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa (COM(2011)0571) leisten. Wenn für Produkte, die auch unter die WEEE-Richtlinie fallen, gemäß der Richtlinie 2009/125/EG angenommene neue Maßnahmen eingeführt bzw. bestehende Maßnahmen überarbeitet werden, berücksichtigt die Kommission die Parameter für die Wiederverwendung und das Recycling gemäß Anhang 1 Teil 1 der Richtlinie 2009/125/EG und bewertet, ob Anforderungen in Bezug auf die Wiederverwendbarkeit, die einfache Demontage und die Rezyklierbarkeit solcher Produkte aufgenommen werden können.</p> <p>Erklärung der Kommission zu besonderen Ausnahmeregelungen für die Sammelziele (Artikel 7 WEEE-Richtlinie) In Artikel 7 Absatz 4 der neuen WEEE-Richtlinie ist die Möglichkeit vorgesehen, Übergangsbestimmungen festzulegen, um Schwierigkeiten eines Mitgliedstaates bei der Einhaltung der Sammelziele nach diesem Artikel zu begegnen, die sich aufgrund besonderer Gegebenheiten ergeben. Die Kommission betont, dass hohe Sammelziele für Elektro- und Elektronik-Altgeräte von großer Bedeutung für ein ressourcenschonendes Europa sind und dass Übergangsbestimmungen nur in Ausnahmefällen angewendet werden können. Die Schwierigkeiten und die besonderen Gegebenheiten, die sie begründen, müssen objektiv, gut dokumentiert und überprüfbar sein.</p>	PE-CONS 2/2/12 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer AT: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE**JUNI 2012**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>Erklärung der Kommission zu Nanomaterialien (Artikel 8 und Anhang VII WEEE-Richtlinie) Das Europäische Parlament und der Rat haben vereinbart, die Kommission aufzufordern zu prüfen, ob für Nanomaterialien, die in Elektro- und Elektronikgeräten enthalten sind, eine spezielle Behandlung erforderlich sein kann. In diesem Zusammenhang fallen Nanomaterialien nach Auffassung der Kommission unter die Definition von Nanomaterialien in der Empfehlung 696/2011 der Kommission. Mögliche Risiken, die durch solche Nanomaterialien entstehen, würden mit den Instrumenten ermittelt, die im Rahmen der einschlägigen Rechtsvorschriften zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen. Stellt sich bei bestimmten Nanomaterialien heraus, dass sie eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen, wird die Kommission prüfen, ob eine spezielle Behandlung erforderlich sein könnte, und Anhang VII entsprechend ändern.</p> <p>Erklärung der Kommission zur Heranziehung von Durchführungsrechtsakten (Artikel 7 Absatz 5 und Artikel 23 Absatz 4 WEEE-Richtlinie) Die Kommission ist der Auffassung, dass die der Kommission in Artikel 7 Absatz 5 und Artikel 23 Absatz 4 übertragenen Befugnisse delegierte Befugnisse sein sollten, um im Einklang mit Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Art der übertragenen Befugnisse angemessen widerzuspiegeln. Die Kommission stellt sich jedoch im Sinne der Kompromissfindung dem mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Text des Vorsitzes nicht entgegen. Die Kommission behält sich jedoch in dieser speziellen Frage das Recht vor, von den im Vertrag vorgesehenen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen, um den Gerichtshof zur Klärung der Frage der Abgrenzung des Artikel 290 von Artikel 291 heranzuziehen.</p> <p>Erklärung der Kommission zum Verfahren für den Erlass von Durchführungsrechtsakten Die Kommission unterstreicht, dass eine systematische Berufung auf Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 2 Buchstabe b gegen Geist und Buchstabe der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13) verstoßen würde. Um diese Bestimmung geltend machen zu können, muss eine spezifische Notwendigkeit gegeben sein, von der Grundsatzregelung abzuweichen, der zufolge die Kommission den im Entwurf vorliegenden Durchführungsrechtsakt erlassen darf, wenn keine Stellungnahme vorliegt. Da Unterabsatz 2 Buchstabe b ein Abweichen von der in Artikel 5 Absatz 4 aufgestellten allgemeinen Regel beschreibt, kann die Anwendung dieser Bestimmung nicht ohne Weiteres in das Ermessen des Gesetzgebers gestellt werden, sondern sie ist restriktiv auszulegen und daher zu begründen.</p>			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE

JUNI 2012

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- -REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>Erklärung Österreichs Österreich bekräftigt seinen Vorbehalt dagegen, dass ausländische Hersteller nach Artikel 17 Absatz 1 die Möglichkeit haben sollen, eine Person als Bevollmächtigten zu benennen. Dies würde die ordnungsgemäße Finanzierung der Sammlung und des Recyclings von Elektro- und Elektronik-Altgeräten in Frage stellen. Aus diesem Grunde wird Österreich bei der Umsetzung der WEEE-Richtlinie festlegen, dass solche Bevollmächtigten in Bezug auf die finanziellen Garantien und die strafrechtliche Verantwortlichkeit den gleichen Anforderungen unterliegen wie die Hersteller. Infolgedessen müsste der inländische Hersteller im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe f Ziffern ii und iii erforderlichenfalls die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Herstellerpflichten erfüllt werden. Darüber hinaus weist Österreich darauf hin, dass der Fall eintreten kann, dass zwei verschiedene Personen für Elektrogeräte mit Batterien verantwortlich sind, nämlich einerseits – gemäß der Batterien-Richtlinie – der Einführer der Batterie und andererseits – gemäß der WEEE-Richtlinie – ein etwaiger Bevollmächtigter eines Herstellers aus einem anderen Mitgliedstaat. Österreich hat auch Bedenken angesichts der zu erwartenden Zunahme des Verwaltungsaufwands beispielsweise im Zusammenhang mit der in den Anhängen III und IV genannten sechsten Kategorie von Elektro- und Elektronik-Altgeräten.</p> <p>Erklärung Maltas Malta ist der Auffassung, dass Artikel 17 Absatz 1 in der vorliegenden Fassung nicht mit dem Begriff des Bevollmächtigten in Einklang steht, da er vorschreibt, dass die Mitgliedstaaten einem Hersteller gestatten müssen, einen Bevollmächtigten zu benennen, auch wenn der Hersteller in dem betreffenden Mitgliedstaat bereits selbst niedergelassen ist. Deshalb ist Malta nicht damit einverstanden, dass Hersteller im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe f Ziffern i bis iii einen Bevollmächtigten benennen dürfen, da sie in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihre Geräte verkaufen, bereits niedergelassen sind und somit keinen Bevollmächtigten benötigen, der für die Erfüllung ihrer Pflichten nach dieser Richtlinie verantwortlich wäre.</p> <p>Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses</p>	<p>PE-CONS 14/1/12 REV 1</p>	<p>qualifizierte Mehrheit</p>	<p>Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer MT: dagegen</p>

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>Erklärung Malta Malta bedauert, dass der Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses den Anliegen Maltas nicht gerecht wird. Im gesamten Verlauf der Verhandlungen hat Malta sehr deutlich gemacht, dass diese Verordnung eine weitreichende Wirkung auf die wesentlichen Bestandteile des maltesischen Erbrechts haben wird, insbesondere was die Vorschriften betreffend das anwendbare Recht und die Einführung einer einzigen Zuständigkeit zur Regelung des gesamten Nachlasses ohne Unterscheidung zwischen beweglichem und unbeweglichem Vermögen anbelangt. Anhand des Common Law-Konzepts, das dem maltesischen Erbrecht zugrunde liegt, ließ sich stets klar und eindeutig das in Erbsachen anwendbare Recht bestimmen. Das auf die Formgültigkeit von Verfügungen von Todes wegen anwendbare Recht wird die Dinge sowohl für die maltesischen Rechtspraktiker als auch für die maltesischen Bürger unweigerlich schwieriger machen, da neue Arten von Testamenten wie holografische Testamente eingeführt werden, die keine Gewähr für Rechtssicherheit und Formgültigkeit bieten. Ebenso werden die neuen Regeln für die Verwaltung des Nachlasses, die mit der Verordnung erlassen werden, sowie die Vorschriften über Erbverträge im maltesischen Recht zu Rechtsunsicherheit führen. Infolgedessen stimmt Malta gegen die Annahme des Verordnungsentwurfs.</p>			
Verordnung (EU) Nr. 530/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe	PE-CONS 18/1/12 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>3173. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 11. Juni 2011 in Luxemburg</p> <p>Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 302/2009 über einen mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer</p> <p>Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2012 – Einnahmenübersicht</p>	<p>PE-CONS 16/12</p> <p>10202/12</p>	<p>qualifizierte Mehrheit</p> <p>qualifizierte Mehrheit</p>	<p>Zustimmung aller Mitgliedstaaten</p> <p>Zustimmung aller Mitgliedstaaten</p>
<p>3180. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 26. Juni 2012 in Luxemburg</p> <p>Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien (Neufassung) [erste Lesung]</p>	<p>PE-CONS 12/2/12 REV 2</p>	<p>qualifizierte Mehrheit</p>	<p>Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer IE: Enthaltung</p>

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE

JUNI 2012

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>Erklärung der Europäischen Kommission Die Kommission stellt fest, dass im Titel von Artikel 5 auf die "Beteiligung der Union am Übereinkommen" verwiesen wird, wohingegen in Absatz 1 allgemeiner von der "Beteiligung am Übereinkommen" die Rede ist, das "in die gemeinsame Verantwortung der Kommission und der Mitgliedstaaten" fällt. Wie erinnerlich nimmt die Kommission nach Artikel 17 Absatz 1 EUV außer in den nicht unter die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fallenden Bereichen die Vertretung der Union wahr. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass mit "gemeinsame Verantwortung der Kommission und der Mitgliedstaaten" in Artikel 5 Absatz 1 nicht die Vertretung der Union gemeint ist, wie aus dem Titel vielleicht geschlossen werden könnte. Vielmehr muss bei der Auslegung von Artikel 5 Absatz 1 die in den Verträgen festgelegte Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten beachtet werden.</p> <p>Erklärung Irlands Nach Ansicht Irlands ist es nicht gelungen, mit den AusfuhrAusnahmebestimmungen in Artikel 14 Absatz 7 die Belange des Umwelt- und Gesundheitsschutzes auf der einen und der Wettbewerbsfähigkeit und des Handels auf der anderen Seite in ausgewogener Weise zu berücksichtigen. Dies war ein wichtiges Anliegen, das – wie mehrere Parteien bei früheren Konsultationen hervorgehoben haben – in den Verhandlungen über die Neufassung der Verordnung beachtet werden müsse. Irland befürchtet, dass die Bestimmungen, wie sie nun zur Annahme vorliegen, EU-Erzeuger weiterhin wirksam davon abhalten werden, bestimmte in Anhang I Teil 2 genannte Chemikalien in Drittländer auszuführen, während die Verwendung derselben Chemikalien für denselben Zweck in der EU weiterhin erlaubt ist. Diese Beschränkung dürfte dazu führen, dass die Versorgung der Drittländer mit den betreffenden Chemikalien stattdessen von nicht in der EU ansässigen Erzeugern übernommen wird, mit negativen Folgen für die EU-Erzeuger und möglicherweise die Beschäftigung, und dies gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der EU äußerst schwierig sind. Irland bedauert, dass für die endgültige Fassung keine andere, ausgewogenere Lösung gewählt wurde, mit der am umweltpolitischen Anspruch der Verordnung festgehalten wird, ohne die Ziele des Rotterdamer Übereinkommens in Frage zu stellen.</p>			
Verordnung (EU) Nr. 651/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Ausgabe von Euro-Münzen	PE-CONS 23/2/12 + REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen [erste Lesung]	PE-CONS 22/2/12 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

Erklärung der Kommission

ERKLÄRUNG ZUM AUSSCHLUSS DER KATEGORIE "AKUT TOXISCH 3 DERMAL" (SEVESO, ANHANG I Teil 1)

Die Kommission erkennt an, dass der zu ihrem Vorschlag erzielte Kompromiss eine Verbesserung des Schutzniveaus für die menschliche Gesundheit und Sicherheit sowie für die Umwelt gegenüber jenem der derzeitigen Seveso-II-Richtlinie 96/82/EG bietet.

Die Kommission beabsichtigt, eine weitere Analyse der Wahrscheinlichkeit, der Gefahren und der potenziellen Auswirkungen schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, die in die Kategorie „akut toxisch 3 dermal“ eingestuft sind, vorzunehmen. Je nach dem Ergebnis dieser Analyse legt die Kommission möglicherweise einen Legislativvorschlag vor, um den Geltungsbereich der Richtlinie auch auf diese Kategorie zu erweitern.

Erklärung Deutschlands

Der vorliegende Kompromisstext zur Seveso-III-Richtlinie enthält in Artikel 23 Buchstabe b eine Regelung, die aus deutscher Sicht über das erforderliche Maß hinausgeht. Der gewünschte Gerichtszugang hätte auch mit dem von Deutschland vorgeschlagenen Kompromisstext zu Artikel 23 gewährleistet werden können. Damit wäre das Verfahren nach Artikel 11 der Richtlinie 2011/92/EU auf diejenigen Fälle des Artikels 15(1) der Seveso-III-Richtlinie beschränkt geblieben, die auch unter die Richtlinie 2011/92/EU oder die Richtlinie 2010/75/EU fallen. Für alle anderen Fälle des Artikels 15(1) der Seveso-III-Richtlinie wären die Verfahrensmöglichkeiten nach Artikel 9(3) der Aarhus-Konvention eröffnet worden und damit wäre der Status quo erhalten geblieben.

Die Anforderung nach Artikel 23 Buchstabe b der Seveso-III-Richtlinie führt in Deutschland zu erheblichem Änderungsbedarf im geltenden Recht und stößt deshalb auf große Bedenken. Großen Bedenken begegnet auch nach wie vor die Einbeziehung aller gefährlichen Stoffe der Kategorie "Akut toxisch 3" (inhalativ) in Anhang I Teil 1 Abschnitt H2 der Richtlinie.

Deutschland verkennt aber auch nicht, dass der vorliegende Kompromisstext in zahlreichen anderen Punkten deutliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag aufweist.

Deutschland ist deshalb bereit, seine Bedenken gegen Artikel 22 sowie Anhang I Teil 1 Abschnitt H2 zugunsten einer baldigen Einigung in erster Lesung zurückzustellen und einer Weiterleitung des Textes an das EP zuzustimmen.

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
<p>Erklärung des Vereinigten Königreichs Das Vereinigte Königreich hält es für wichtig, dass alle vorgeschlagenen EU-Rechtsakte einer effektiven parlamentarischen Prüfung unterzogen werden und dass hierfür ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Ausnahmsweise kann das Vereinigte Königreich die Annahme der Seveso-III-Richtlinie unterstützen, auch wenn unsere Prüfverfahren zu diesem Rechtsakt noch nicht abgeschlossen sind.</p>			
Beschluss Nr. 602/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zwecks Ausdehnung des geografischen Tätigkeitsbereichs der EBWE auf den südlichen und östlichen Mittelmeerraum	PE-CONS 24/1/12 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE JUNI 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>3171. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 7./8. Juni 2012 in Luxemburg</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zur Teilnahme der Europäischen Union an den Arbeiten des Weltpostvereins (WPV) Dok. 9341/12</p> <p>Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Unterzeichnung des Abkommens über den gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Moldau im Namen der Europäischen Union und die vorläufige Anwendung dieses Abkommens Dok. 8181/12</p> <p>Erklärung Finnlands Finnland erklärt, dass es eine vorläufige Anwendung des Abkommens nach Artikel 3 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es den Abschluss seiner für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.</p> <p>Erklärung der Tschechischen Republik Die Tschechische Republik erklärt, dass sie das <i>Abkommen über den gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits</i> nur so weit gemäß Artikel 29 Absatz 2 vorläufig anwenden kann, wie dies die in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Rechtsvorschriften gestatten.</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

Erklärung Portugals

Für die Zwecke des Artikels 29 Absatz 2 erklärt Portugal, dass es das Abkommen erst dann vorläufig anwenden wird, wenn es dem Verwahrer den Abschluss seiner für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat.

Erklärung der Kommission

Die Kommission hat gemäß Artikel 218 Absatz 5 AEUV einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung eines Luftverkehrsabkommens mit der Republik Moldau vorgelegt.

Sie nimmt Kenntnis von dem einstimmigen Beschluss des Rates, einen "hybriden" Rechtsakt anzunehmen, bei dem es sich gleichzeitig um einen Beschluss des Rates und um einen Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten handelt.

Sie ist der Auffassung, dass dieser "hybride" Rechtsakt insofern gegen die Verträge verstößt, als er unter anderem das Verfahren und die Abstimmungsregeln gemäß Artikel 218 Absatz 5 bzw. Absatz 8 Unterabsatz 1 AEUV außer Kraft setzt.

Sie weist überdies darauf hin, dass die Mitgliedstaaten unabhängig von der Art der jeweiligen Zuständigkeit der Union nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV nicht für die Festlegung der Standpunkte zuständig sind, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sofern dieses Gremium rechtswirksame Akte zu erlassen hat.

Deshalb ist die Kommission der Ansicht, dass das Verfahren für die Festlegung des im Gemeinsamen Ausschuss nach Artikel 22 des Abkommens zu vertretenden Standpunkts der EU gegen die Verträge verstößt.

Sie verweist auf ihre vor dem Gerichtshof anhängige Klage in der Rechtssache C-28/12, Kommission gegen Rat, und behält sich vor, alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel zu nutzen, um die Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu gewährleisten.

Beschluss des Rates über die Zustimmung zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und der Regierung Südafrikas über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch die Kommission

Dok. 9729/12 + COR 1

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

3172. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 7./8. Juni 2012 in Luxemburg

2012/299/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Estland

Dok. 9135/12

Schlussfolgerungen des Rates über einen noch effizienteren grenzüberschreitenden Austausch strafverfolgungsrelevanter Informationen

Dok. 10333/12

Schlussfolgerungen des Rates zum zehnten Jahresbericht von Eurojust

Dok. 10360/12

Schlussfolgerungen des Rates zur Errichtung eines Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität

Dok. 10603/12

Schlussfolgerungen des Rates zur neuen EU-Drogenstrategie

Dok. 10231/12 REV 1

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zum Status der Republik Südsudan in Bezug auf das Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits

Dok. 10389/12

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>2012/311/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 zur Festlegung des von der Europäischen Union im Nahrungsmittelhilfe-Ausschuss in Bezug auf die Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 zu vertretenden Standpunkts Dok. 10118/12 + REV 1 (hu)</p> <p>2012/305/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über die Unterzeichnung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Anwendung einiger Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des dazugehörigen Protokolls von 2001 Dok. 5306/10</p> <p>Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2011/020 ES/Comunidad Valenciana/ Schuhe, Spanien) Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. DEC10/2012 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2012 Dok. 9918/12</p> <p>2012/297/EU: Beschluss des Rates vom 7. Juni 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens Dok. 9390/12</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

2012/425/EU: Beschluss des Rates vom 10. Juli 2012 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten
Dok. 9497/12

2012/319/EU: Beschluss des Rates über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Protokoll 31 (über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten) und Protokoll 37 (mit der Liste gemäß Artikel 101) zum EWR-Abkommen
Dok. 9501/12

Schlussfolgerungen des Rates zu einem Globalen Bündnis gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet
10607/12 + COR 1

Schlussfolgerungen des Rates über eine intensivere und effizientere Nutzung des Europol-Informationssystems (EIS) bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität
Dok. 10600/12

3173. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 11. Juni 2012 in Luxemburg

Schlussfolgerungen des Rates zum Internationalen Chemikalienmanagement
Dok. 10765/12

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur Festlegung des Rahmens für ein 7. Umweltaktionsprogramm Dok. 11186/12	
Schlussfolgerungen des Rates zur biologischen Vielfalt und biologischen Sicherheit Dok. 11189/12	
3174. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 12. Juni 2012 in Luxemburg	
2012/306/EU: Beschluss des Rates vom 12. Juni 2012 über den Abschluss des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Mosambik Dok. 18059/11	
3175. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 15. Juni 2012 in Luxemburg	
Vorschlag für eine Mittelübertragung (Nr. DEC 03/2012) innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für 2012 Dok. 10862/12	
3176. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 18. Juni 2012 in Luxemburg	
Schlussfolgerungen des Rates zur Europäischen Innovationspartnerschaft "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit" Dok. 10833/12	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>Beschluss des Rates vom 18. Juni 2012 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Änderung des Beschlusses vom 24. Juni 2010 Dok. 10429/12</p> <p>Verordnung (EU) Nr. 566/2012 des Rates vom 18. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 975/98 über die Stückelungen und technischen Merkmale der für den Umlauf bestimmten Euro-Münzen Dok. 8942/12 + COR 1</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates über den Schutz und das Wohlergehen von Tieren Dok. 10478/12 ADD 1</p> <p>Von der belgischen und der österreichischen Delegation unterstützte Erklärung Schwedens Die von der Kommission vorgeschlagene Strategie für den Tierschutz bietet die Gelegenheit, einen ganzheitlichen Ansatz in Bezug auf Fragen des Tierschutzes zu verfolgen. Schweden unterstützt dieses Bestreben ausdrücklich. Wir sind jedoch zutiefst enttäuscht darüber, dass der Rat nicht in der Lage war, Einigung über einen Vorschlag zur Verstärkung des Schutzes von Tieren beim Transport zu erzielen, insbesondere da – gemäß dem Bericht der Kommission über die Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport – die derzeitigen Bestimmungen nicht mit den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen in diesem Bereich vereinbar sind.</p> <p>Es ist unerlässlich, dass die geltenden Vorschriften eingehalten werden und dass die Rechtsvorschriften kontinuierlich im Einklang mit den jüngsten Forschungsergebnissen aktualisiert werden; darüber hinaus ist es extrem wichtig, dass die Fahrzeiten begrenzt werden, insbesondere in Bezug auf Schlachttiere und nicht abgesetzte Tiere. Was Schlachttiere betrifft, so wünscht Schweden, dass die Fahrzeit auf maximal acht Stunden begrenzt wird.</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

Erklärung des Vereinigten Königreichs

UK stimmt mit der EU-Kommission darin überein, dass die oberste Priorität darin besteht, die Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften über den Schutz von Tieren beim Transport EU-weit zu verbessern. Darüber hinaus wünscht UK jedoch eine Überarbeitung der Vorschriften für lange Beförderungen vor dem Hintergrund bestehender und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, einschließlich der im jüngsten EFSA-Bericht aufgeführten Erkenntnisse; in diesem Zusammenhang sollte insbesondere die Beförderungszeit für Schlachtpferde auf maximal 12 Stunden verkürzt werden.

Ferner sollten Beratungen über einen verbesserten Schutz von Jungtieren, insbesondere Kälbern, geführt werden, wobei den schriftlichen Vorgaben der Kommission für die Behandlung noch nicht abgesetzter Kälber bei langen Beförderungen Rechnung getragen und Überlegungen über die Fälle angestellt werden sollten, in denen noch nicht abgesetzte Kälber über sehr weite Strecken, teilweise in mehreren Etappen von 19 Reisetunden befördert werden.

Es ist unseres Erachtens wichtig, die diesbezüglichen Vorschriften zu aktualisieren, wenn dies hinreichend begründet ist. Wir stellen fest, dass der jüngste EFSA-Bericht keine Empfehlung enthält, der zufolge für alle wichtigen Schlachttierarten in allen Fällen dieselben Höchstbeförderungszeiten gelten sollten.

Erklärung Dänemarks

Die von der Kommission vorgeschlagene Strategie für den Tierschutz bietet die Gelegenheit, einen ganzheitlichen Ansatz in Bezug auf Fragen des Tierschutzes zu verfolgen. Dänemark unterstützt dieses Bestreben ausdrücklich. Wir sind jedoch zutiefst enttäuscht darüber, dass der Rat nicht in der Lage war, Einigung über einen Vorschlag zur Verstärkung des Schutzes von Tieren beim Transport zu erzielen, insbesondere da – gemäß dem Bericht der Kommission über die Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport – die derzeitigen Bestimmungen nicht mit den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen in diesem Bereich vereinbar sind.

Es ist unerlässlich, dass die geltenden Vorschriften eingehalten werden und dass die Rechtsvorschriften kontinuierlich im Einklang mit den jüngsten Forschungsergebnissen aktualisiert werden; darüber hinaus ist es extrem wichtig, dass die Fahrzeiten begrenzt werden, insbesondere in Bezug auf Schlachttiere und nicht abgesetzte Tiere. Was Schlachttiere betrifft, so wünscht Dänemark eine begrenzte Transporthöchstdauer.

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

Erklärung der Niederlande

Die niederländische Regierung bedauert, dass in den Schlussfolgerungen des Rates die Ziele im Hinblick auf einen europäischen Ansatz für den Tierschutz nicht höher gesteckt werden. Die Niederlande hätten sich ehrgeizigere Vorschläge in Bezug auf den Transport, die Verschärfung anderer bestehender Tierschutz-Vorschriften der EU und spezifische Regeln für bestimmte Tierarten und -kategorien gewünscht.

Was den Transport anbelangt, so schließen sich die Niederlande der Erklärung Schwedens an, die von Belgien, Österreich und Dänemark unterstützt wird.

Die niederländische Regierung ruft die Europäische Kommission auf, möglichst bald Vorschläge zur Festlegung einer Obergrenze von acht Stunden für den Transport von Schlachttieren zu unterbreiten.

Was die Verbesserung, Verschärfung und Ergänzung anderer geltender EU-Vorschriften anbelangt, so ersuchen die Niederlande die Kommission, einen Evaluierungsbericht zu den Tierschutzrichtlinien für Schweine, Kälber und Geflügel zu erstellen und geeignete Vorschläge zur Änderung der betreffenden Richtlinien vorzulegen.

Hinsichtlich spezifischer Regeln für bestimmte Tierarten und -kategorien ersuchen die Niederlande – im Zusammenhang mit Nr. 15 der Schlussfolgerungen – die Kommission, Schritte zu ergreifen, um spezifische Maßnahmen zu ergreifen.

Die niederländische Regierung wird Konsultationen mit dem Europäischen Parlament aufnehmen, um eine ehrgeizigere Strategie auszuarbeiten.

3177. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 21./22. Juni 2012 in Luxemburg

Verordnung (EU) Nr. 551/2012 des Rates vom 21. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren

Dok. 10149/12

Verordnung (EU) Nr. 552/2012 des Rates vom 21. Juni 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1344/2011 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren sowie Fischereierzeugnisse

Dok. 10150/12

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>2012/408/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2012/000 TA 2012 – technische Unterstützung auf Initiative der Kommission) Dok. 10813/12</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 541/2012 des Rates vom 21. Juni 2012 zur Einstellung der Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Furfuraldehyd mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur Aufhebung dieser Maßnahmen Dok. 10395/12</p> <p>Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 954/2006 zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Kroatien, Rumänien, Russland und der Ukraine Dok. 10307/12</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zur Erhöhung der Beteiligung aller Bürger am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben als Antwort auf die demografischen Herausforderungen Dok. 10489/12</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Geschlechtergleichstellung und Umweltschutz: Verbesserung der Entscheidungsfindung, der Qualifikationen und der Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Politik zur Abschwächung des Klimawandels in der EU" Dok. 8876/12 + REV 2 (hu)</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zu den Auswirkungen der Antibiotikaresistenz in der Human- und Tiermedizin – Die Initiative "Eine Gesundheit" Dok. 10347/12 + REV 1 (nl) + COR 1</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

**3178. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom
22. Juni 2012 in Luxemburg**

Schlussfolgerungen des Rates zum Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)

Dok. 10905/12 + COR 1 (fi)

2012/375/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Europäischen Union für Irland

Dok. 11071/12

Schlussfolgerungen des Rates zum Binnenmarkt für Dienstleistungen

Dok. 11224/12

2012/353/EU: Beschluss des Rates vom 22. Juni 2012 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über Erleichterungen bei der Erteilung von Visa

Dok. 10868/12

Beschluss des Rates über den Standpunkt, den die Europäische Union in dem mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits eingesetzten Ausschuss „Handel und nachhaltige Entwicklung“ vertreten soll, soweit es die Arbeitsweise des Zivilgesellschaftlichen Forums betrifft beziehungsweise die Einsetzung der Sachverständigengruppe zur Prüfung von Fragen, welche in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses „Handel und nachhaltige Entwicklung“ fallen

Dok. 9656/12

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>Empfehlung des Rates vom 10. Juli 2012 zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist Dok. 11061/12</p> <p>2012/369/EU: Beschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/285/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Deutschland Dok. 11079/12</p> <p>2012/370/EU: Beschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/422/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Bulgarien Dok. 11080/12</p> <p>2012/323/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 22. Juni 2012 zur Aufhebung der Aussetzung der für Ungarn vorgesehenen Mittelbindungen aus dem Kohäsionsfonds Dok. 10850/12</p> <p>3179. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 25. Juni 2012 in Luxemburg</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zum ENP-Paket Dok. 11845/12</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zu Zentralasien Dok. 11857/12</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, im Namen der Europäischen Union über die in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallenden Bestimmungen eines Rahmenabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Neuseeland andererseits zu verhandeln Dok. 10812/12</p> <p>Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Ermächtigung der Europäischen Kommission, im Namen der Mitgliedstaaten über die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallenden Bestimmungen eines Rahmenabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Neuseeland andererseits zu verhandeln Dok. 10814/12</p> <p>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits und die vorläufige Anwendung des Handelsteils (Teil IV) Dok. 16374/11 + COR 1 (it)</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zum Vertrag über den Waffenhandel (ATT) Dok. 11816/12</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien Dok. 11800/12</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten Dok. 11798/12</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu Pakistan Dok. 11719/12	
Schlussfolgerungen des Rates zu Bosnien und Herzegowina Dok. 11843/12	
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Menschenrechte und Demokratie" Dok. 11417/12	
Schlussfolgerungen des Rates zur DRK Dok. 11795/12	
3180. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 26. Juni 2012 in Luxemburg	
Beschluss des Europäischen Rates zur Änderung des Status von Mayotte gegenüber der Europäischen Union Dok. 10998/12	
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Türkei über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt im Namen der Europäischen Union Dok. 10676/12	
Schlussfolgerungen des Rates zu dem Bericht 2011 der Kommission über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU Dok. 10935/12 + COR 1	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 558/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 102/2012 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China, ausgeweitet auf die Einfuhren von unter anderem aus der Republik Korea versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungserzeugnisse der Republik Korea angemeldet oder nicht
Dok. 10520/12

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 567/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 917/2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Keramikfliesen mit Ursprung in der Volksrepublik China durch die Aufnahme eines Unternehmens in die Liste der chinesischen Hersteller in Anhang I
Dok. 10523/12

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 559/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Einstellung der teilweisen Interimsüberprüfung der Ausgleichsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung unter anderem in Indien
Dok. 10528/12 + COR 1

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 560/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Einstellung der teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien
Dok. 10533/12

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 585/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Russland und der Ukraine im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 und zur Einstellung des Verfahrens der Auslaufüberprüfung betreffend die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Kroatien Dok. 10895/12 + COR 1 (it)</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 626/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 349/2012 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Weinsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China Dok. 11196/12</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zum Abschluss der Überprüfung der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum Dok. 10054/12 + COR 1 (de) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 + ADD 2</p> <p>Verordnung (EU, Euratom) Nr. 577/2012 des Rates vom 26. Juni 2012 zur Anpassung der Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union Dok. 10944/12</p> <p>2012/430/EU: Beschluss des Rates vom 26. Juni 2012 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss EU-EFTA in Bezug auf einen Beschluss zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren zu vertreten ist Dok. 11169/12 + COR 1</p>	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
JUNI 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
<p>2012/431/EU: Beschluss des Rates vom 26. Juni 2012 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss EU-EFTA in Bezug auf einen Beschluss zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren zu vertreten ist Dok. 11170/12 + COR 1</p> <p>Schlussfolgerungen des Rates zu Montenegro Dok. 11900/12</p>	